

Aus der Presse

„Über eine Politik, die Banken rettet und bei den Kindern spart“

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause hat der Bundesrat das Schulobstgesetz in den Vermittlungsausschuss überwiesen, da sich Bund und Länder nicht einigen können, wer die erforderliche Kofinanzierung für das EU-Schulobstprogramm zu tragen hat.

Hierzu einige Pressestimmen:

Unter der Überschrift „Über eine Politik, die Banken rettet und bei den Kindern spart“ kommentiert Peter Hahne in der **Bild am Sonntag** vom 19. Juli:

„Für alles scheint Geld da zu sein. Da könnten wir Steuerzahler ja auf die Idee kommen, dass die Retter kranker Banken auch für die Gesundheit der Kinder etwas übrig haben. Leider ein Irrtum. An ein paar Millionen scheiterte jetzt eine europäische Initiative, an Schulen künftig Obst zu verteilen. (...) Das sind im Vergleich zum Zahlen-Terror, über den wir ständig in den Wirtschaftsseiten der Tageszeitungen lesen, wirklich ‚Peanuts‘. (...) Kompetenzgerangel und Knauserei auf dem Rücken unserer Kinder sind ein Skandal. Wer Kinder in seinen Sonntagsreden unsere Zukunft nennt, sollte im Alltag Taten folgen lassen. Wer Opel-Milliarden lockermacht, dem sollten die paar Obst-Millionen als Zukunftsinvestition nicht zu viel sein.“

Die **Frankfurter Rundschau** stellt in ihrer Ausgabe vom 14. Juli unter der „Kein Apfel ohne Wurm. Schulobststreit geht auf Kosten der Schüler“ fest:

„Die Möglichkeit, Äpfel, Birnen und Bananen in den Schulalltag zu bringen, wurde erst einmal verpasst. Dass das Schulobst-Programm, wie ursprünglich geplant, zum neuen Schuljahr startet, ist unwahrscheinlich. (...) Die nächste Sitzung des Bundesrates, in der über ein Ergebnis des Vermittlungsausschusses entschieden werden könnte, ist erst am 18. September. Wenn keine Sondersitzung mehr einberufen wird, sieht es schlecht aus für die frische Initiative nach dem Sommerferien.“

„Kein Schulobst. Bundesländer wollen nicht dafür zahlen“ betitelt die **Neue Ruhr Zeitung** ihren Beitrag auf der Kinderseite vom 13. Juli:

„Obst und Gemüse sind gesund (...). Politiker der Europäischen Union wollen deswegen, dass alle Kinder in der Schule kostenlos Obst und Gemüse kriegen. Die Politiker in Deutschland finden die Idee zwar gut. Sie streiten sich aber darüber, wer das bezahlen soll. (...) Bis Kinder in der Schule das gesunde Obst bekommen, wird es ... noch etwas dauern. Vor dem Jahr 2010 wird es aber wohl nichts.“

Eine pragmatische Lösung des Bund-Länder-Streites schlägt **Der Tagesspiegel** in dem Artikel „Wer bezahlt die Schulhofkarotte?“ vor:

„Was aber ist die Förderung des Obstessens auf dem Pausenhof? Schulpolitik oder Agrarförderung? Erstere ist Sache der Länder, Letztere teilen sich Bund und EU. (...) Am Freitag nun hat der Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen. Der muss sich die ... genannten Fragen stellen. Oder man entscheidet pragmatisch und teilt sich die Summe. Die ja angesichts anderer weltpolitischer Probleme eher nicht so gravierend ist.“

Der **Deutsche Städte- und Gemeindebund** ist der Ansicht „Gratis-Schulobst ‚verfault‘ im Föderalismusdschungel“ und fordert in einer Pressemeldung vom 21. Juli:

„Für das Programm will die EU 20 Millionen Euro zur Verfügung stellen, wenn Deutschland 18,6 Millionen beisteuert. (...) Es wäre bedauerlich, wenn Deutschland als größter Nettozahler in der EU wegen interner Streitigkeiten eine solche Chance nicht nutzen würde.“

Und auch der **Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte** hat sich zu Wort gemeldet. Er fordert in eine Pressemeldung vom 17. Juli Bund und Länder auf, „die Auseinandersetzung um die Finanzierung gesundheitspolitisch wertvollen Gabe von frischem Obst an Schulkinder umgehend zu beenden und sicher zu stellen, dass zu Beginn des neuen Schuljahres an allen Schulen frisches Obst an Schülerinnen und Schüler verteilt wird.“